

LAND TAGS KURIER



AUSGABE

1 | 25

Seite **13**

Landtagspräsident Dierks ruft im Interview zu mehr Optimismus auf

Seite **16**

Auftakt für die Fachausschüsse der 8. Wahlperiode

Seite **19**

Mono-Oper »Das Tagebuch der Anne Frank« im Plenarsaal aufgeführt



Sächsischer Landtag

LANDTAGS KURIER

AUSGABE 1 | 25

PARLAMENT

PLENUM

7. Sitzung
Neue Zeiten und neue Wege
Ministerpräsident Kretschmer benennt Schwerpunkte seiner neuen Regierung 4

Scharfe Kritik an Demonstrationen
AfD prangert Vorfälle während ihres Parteitages in Riesa an 6

Ehrenamt hält Sport in Bewegung
Sanierungsstau bei Sportstätten soll abgebaut werden 7

Hintergrundinformationen zum Ehrenamt im Sport 8

8. Sitzung
Wohnen als Armutsrisiko
Die Linke fordert stärkere Regulierung am Wohnungsmarkt 9

6. Sitzung
Landtag besetzt wichtige Kontrollgremien
Abgeordnete kontrollieren Arbeit des Verfassungsschutzes und der Polizei 10

8. Sitzung
Kommunen in finanzieller Not
Landtag setzt Enquetekommission zu Kommunal финанzen ein 11

Aktuelle Gesetzgebung 12

Gesetzgebung durch das Volk 12

Demokratie ist eine positive Zumutung!
Landtagspräsident Alexander Dierks über politische Überzeugungen und nötige Kompromisse 14

Ausschüsse nehmen Arbeit auf Mitglieder und Vorsitz der Fachausschüsse bestimmt 16

TITELBILD:
Elisabeth Dopheide während der Aufführung der Mono-Oper »Das Tagebuch der Anne Frank«
Foto: T. Schlorke

10



16

4



14



18

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Alexander Dierks vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Magdalena Portack, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.)

Textbearbeitung und Gestaltung:
Ö GRAFIK, Tauscherstraße 44, 01277 Dresden
Druck und Vertrieb:
SDV Direct World GmbH,
Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden
Redaktionsschluss: 24.02.2025
Gastautoren: Suzanna Ludley, Rüdiger Soster (Sächsischer Landtag)



Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. | Das im Landtagskurier genutzte generische Maskulinum meint stets alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht. Die platzsparende Schreibweise dient ferner der besseren Lesbarkeit.

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

AKTUELLES

Kurz informiert 18

GEDENKEN

»Oh ja, ich will nicht umsonst gelebt haben«
Gedenkstunde
am 27. Januar 2025
im Sächsischen
Landtag 20

EIN TAG MIT

»Machen statt meckern«
Ein Tag mit Martin
Modschiedler,
Vorsitzender des
Wahlprüfung-
ausschusses 22

20



Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. | Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



Foto: T. Schlorke

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Ende des Zweiten Weltkrieges liegt mittlerweile 80 Jahre zurück. Der Krieg, entfesselt vom nationalsozialistischen Deutschland, brachte unvorstellbares Leid mit sich. Der Völkermord an den europäischen Juden während des Holocaust, die Gräueltaten der Nationalsozialisten und ihrer Helfer in den Konzentrations- und Vernichtungslagern machen mich bis heute fassungslos. Spätestens in den Jahren 1944/45 kehrte der Krieg dann nach Sachsen zurück. Zahlreiche Städte, darunter Dresden, Chemnitz, Plauen, wurden das Ziel von alliierten Luftangriffen. Die Folge waren Zehntausende Tote und teilweise völlig zerstörte Stadtkerne. Zur Plenarsitzung am 13. Februar, die mit dem 80. Jahrestag der Bombenangriffe auf Dresden zusammenfiel, habe ich deshalb vor den Folgen von Nationalismus und totalitärer Herrschaft gewarnt.

Auch heute gibt es wieder Menschen, die nach einer starken Hand rufen. Ihnen gebe ich zu bedenken, dass es eine Diktatur auf Probe nicht gibt. Denn was mit Worten beginnt, mündet am Ende in der Katastrophe. Die Stimme von Anne Frank, die durch ihre Tagebücher bis heute spricht, führt es uns vor Augen. Ihre Aufzeichnungen aus den Jahren 1943/44 bildeten den künstlerischen Schwerpunkt unserer Gedenkstunde zum Holocaustgedenktag am 27. Januar im Landtag.

In diesem Zusammenhang macht mich nachdenklich, dass momentan vielen Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen das Vertrauen in die Demokratie fehlt. Laut einer aktuellen Umfrage liegt die Zufriedenheit bei nur noch 31 Prozent. Bei Parteien, Behörden oder Medien ist es noch deutlich weniger. Diese Werte sind besorgniserregend. Sie machen deutlich, wie dringend die Menschen politische Lösungen für die drängendsten Probleme erwarten. Es reicht eben nicht, nur vor den Feinden der Demokratie zu warnen. Wir müssen uns wieder und wieder die Arbeit machen, unsere freiheitliche Ordnung zum Guten hin zu gestalten. Das funktioniert am besten dann, wenn wir gemeinwohlorientierte Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit finden. Wie diese aussehen können, wurde unter anderem in den zurückliegenden Plenardebatten diskutiert. Im aktuellen Landtagskurier finden Sie mehr Informationen dazu, genauso wie einen Rückblick auf die Gedenkstunde am 27. Januar. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

»Wir müssen uns wieder und wieder die Arbeit machen, unsere freiheitliche Ordnung zum Guten hin zu gestalten.«

Alexander Dierks
Präsident des Sächsischen Landtags

Neue Zeiten und neue Wege

Ministerpräsident Kretschmer benennt Schwerpunkte seiner neuen Regierung

In der 7. Sitzung des 8. Sächsischen Landtags am 12. Februar 2025 gab Ministerpräsident Michael Kretschmer die erste Regierungserklärung nach seiner Wiederwahl ab. Unter dem Thema »Mutig neue Wege gehen. In Verantwortung für Sachsen.« äußerte er sich zu Schwerpunkten der neuen Staatsregierung.

7. Sitzung des Sächsischen Landtags

»Wir werden uns auf die wirklich wichtigen Dinge für dieses Land konzentrieren müssen.«



Fotos: S. Floss

Ministerpräsident Michael Kretschmer

sei deutlich geschrumpft, der Breitbandausbau komme nicht voran und der Meisterbonus sei unzureichend.

CDU: Leistungsbereitschaft fördern

eine rotgefärbte Minderheitsregierung erhalten. Die neue Koalition werde nur dadurch funktionieren, dass in Hinterzimmern mit linken Parteien verhandelt werde. In der Bildungspolitik bemängelte Urban, dass den Schülern statt Fachwissen zukünftig Kompetenzen vermittelt werden sollten. Dabei sei Fachwissen die Voraussetzung für Ausbildungsberufe oder ein Ingenieursstudium. Versagt habe die alte Regierung vor allem in der Wirtschaftspolitik. Die Bauwirtschaft

Seinem Vorredner entgegnete Christian Hartmann (CDU), dass die Wähler sehr genau gewusst hätten, dass die CDU nicht mit der AfD koalieren würde. Unter dieser Voraussetzung sei seine Partei stärkste Kraft geworden. In der aktuellen Situation brauche Sachsen bessere wirtschaftliche Bedingungen, mehr Sicherheit, eine zukunftsfeste Infrastruktur und stabile gesellschaftliche Verhältnisse. Die Regierung, die keine eigene Mehrheit habe, wolle gemeinsam mit den Landtagsfraktionen

Ministerpräsident: Chance zum Mitgestalten

Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) erklärte mit Blick auf den kommenden Doppelhaushalt, dass dem Freistaat rund 2 Milliarden Euro pro Jahr fehlten. Deswegen müsse man sich auf die wichtigen Dinge konzentrieren. Priorität habe für ihn, was Steuereinnahmen generiere und Arbeitsplätze schaffe. Wichtig seien ebenso jene Dinge, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt förderten. Politik bedeute aber nicht, nur Geld zu verteilen, sondern vor allem, einen Rahmen vorzugeben und

Freiheit zu ermöglichen. Die Staatsregierung verfüge erstmals nicht über eine eigene Mehrheit. Der beabsichtigte Konsultationsmechanismus gebe denjenigen, die nicht der Regierung angehören, die Möglichkeit, mit eigenen Gesetzen und Anträgen mitzugestalten.

AfD: Koalition ignoriert Wählerwillen

Jörg Urban (AfD) warf der CDU vor, die von ihr geführte Koalition sei Betrug am Wähler. Die Bürger hätten mehrheitlich konservativ gewählt, doch nun würden sie





Christian Hartmann



Henning Homann



Franziska Schubert



Jörg Urban



Ronny Kupke



Susanne Schaper

neue Wege gehen. Die finanzielle Herausforderung sei gewaltig, daher wären Einsparungen notwendig, wichtige Strukturen müssten aber erhalten bleiben. Die Lage erfordere mehr Leistungsbereitschaft und weniger Wohlfühlhaltung.

BSW: Migrationsfrage lösen

Anschließend trat Ronny Kupke (BSW) ans Rednerpult. Er betonte, dass Frieden die Grundlage aller politischen Entscheidungen darstelle. Der Verkauf des Alstom-Werkes in Görlitz an einen Rüstungskonzern sei grundverkehrt. Statt auf diesem Wege Mitarbeiter in einen Gewissenskonflikt zu treiben, hätte der Ministerpräsident nach alternativen Möglichkeiten suchen sollen. Ein weiteres zentrales Thema für seine Fraktion sei die Migrationskrise. Die Ausgaben für Flüchtlinge hätten sich in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt. Dies belastete die ohnehin schon leeren öffentlichen Kassen zusätzlich. Die Politik müsse in dieser Frage die Kontrolle zurückgewinnen und Lösungen schaffen, wie es die Bürger erwarteten.

SPD: Keine radikalen Kürzungen

Die Welt befinde sich im Wandel und die große Herausforderung sei es, diesen Wandel zu gestalten, drückte es Henning Homann

(SPD) aus. Nicht auf alles habe man in Sachsen einen direkten Einfluss, aber man könne zumindest die eigenen Aufgaben erledigen. Dazu gehöre an erster Stelle der nächste sächsische Landeshaushalt. Es dürfe keine radikale Kürzungspolitik geben, vielmehr brauche es eine kluge Strategie. Dazu zählten unter anderem Investitionen in Zukunftsindustrien. Sachsen solle ein Ort für Spitzentechnologie werden und gleichzeitig Heimat für den Mittelstand und das Handwerk bleiben. Man stehe auch an der Seite der Beschäftigten bei Volkswagen. Beide Standorte in Sachsen müssten erhalten bleiben.

BÜNDNISGRÜNE: Erneuerbare Energien voranbringen

Mehrheiten müssten immer in der demokratischen Mitte gefunden werden, bemerkte Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE) im Hinblick auf die zukünftige Entscheidungsfindung im Landtag. Aus dem Koalitionsvertrag sei längst nicht alles umsetzbar, doch es gebe einige Dinge, die auch von ihrer Fraktion mitgetragen würden. Große Fehlentwicklungen drohten hingegen in der Innen- und Rechtspolitik. Die Umweltpolitik sei wiederum nicht ausreichend berücksichtigt. Klimaschutz sei aber keine Nebensache. Schubert

forderte, den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voranzubringen. Unternehmen bräuchten Planungssicherheit für nachhaltige Investitionen, Fachkräfte sowie Weltoffenheit.

LINKE: Bereit für Verantwortung

Neue Zeiten brächten neue Töne mit sich, hob Susanne Schaper (Die Linke) hervor. Bis vor wenigen Jahren sei es kaum vorstellbar gewesen, dass ein Ministerpräsident der CDU eine neue politische Kultur ausrufe und die Opposition dazu einlade. Doch die Lage mache es eben erforderlich, dass Demokraten zusammenarbeiten müssten. Ihre Fraktion sei bereit, Verantwortung zu übernehmen, um Probleme zu lösen. Mit dieser Haltung werde man auch in die anstehenden Haushaltsverhandlungen und in das Konsultationsverfahren gehen. Die Linke werde gute Lösungen mittragen, aber nicht jene Menschen im Stich lassen, die sie vertrete.

// Dr. Daniel Thieme

SÄCHSISCHE KONSULTATIONS- UND INFORMATIONSVEREINBARUNG

Am Rande der Plenarsitzung am 12. Februar unterzeichneten Ministerpräsident Michael Kretschmer und Landtagspräsident Alexander Dierks die Sächsische Konsultations- und Informationsvereinbarung. Die Grundidee der Vereinbarung ist es, den Landtag bereits deutlich früher in die von der Staatsregierung initiierten Gesetzgebungsvorhaben einzubinden, um die Mehrheitsfindung für diese Vorhaben im parlamentarischen Verfahren zu erleichtern. Insoweit sind die Ministerien künftig verpflichtet, bereits die sogenannten Referententwürfe von Gesetzen allen Fraktionen zu übermitteln. Dabei

handelt es sich um Vorentwürfe, die die Staatsregierung noch zur Anhörung an Verbände und andere Interessenvertreter gibt, bevor eine endgültige Version im Kabinett geeint wird. Den Fraktionen wird nunmehr die Gelegenheit gegeben, schon zu diesen Entwürfen eigene Stellungnahmen, z. B. mit konkreten Änderungsvorschlägen, an die Staatsregierung zu richten. Diese Positionen können so ggf. bereits in der Entwurfsphase Berücksichtigung finden, sodass bei der später folgenden Einbringung eines Gesetzes in den Landtag im besten Fall bereits ein breiterer Konsens unter den Fraktionen vorhanden ist. Daneben soll es auch in den Fachausschüssen frühzeitig nähere Informationen zu Gesetzesvorhaben der Staatsregierung geben.

Mit der Vereinbarung wird auch die seit 2011 bestehende Subsidiaritätsvereinbarung zwischen Landtag und Staatsregierung überarbeitet. Neu ist, dass die Staatsregierung dem Landtag umfangreichere Informationen zu Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union zur Verfügung stellt.

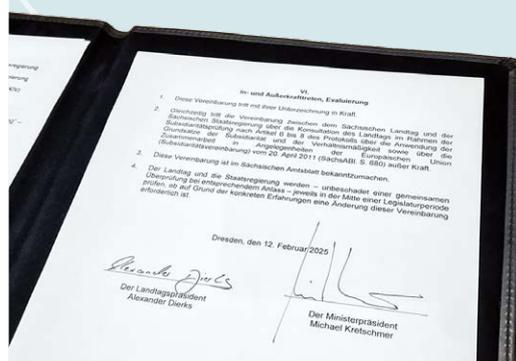




Foto: S. Floss

Scharfe Kritik an Demonstrationen

— AfD prangert Vorfälle während ihres Parteitages in Riesa an

In der ersten Aktuellen Debatte der 7. Sitzung am 12. Februar 2025 befasste sich der Sächsische Landtag mit dem Thema: »Demokratie-Problem in Riesa: Wer steht über dem Gesetz?« Auf die Tagesordnung gesetzt hatte es die AfD-Fraktion. Sie bezog sich darin auf die Proteste am Rande ihres Bundesparteitages am 11./12. Januar 2025 in der sächsischen Stadt Riesa.

Verheerende Bilanz

Am Tag des Bundesparteitages seiner Partei in Riesa sei eine ganze Stadt von Demonstrationen in Mitleidenschaft gezogen worden, klagte Sebastian Wippel (AfD). Teilnehmer des Parteitages seien geschlagen, geschubst und getreten worden. Die Bilanz des angeblich friedlichen Protests sei verheerend. Unter anderem habe es 22 Fälle von Sachbeschädigung und acht Fälle gefährlicher Körperverletzung gegeben. Das Verhalten zeige die Verachtung der Linken gegenüber dem Staat.

Ronny Wähner (CDU) stellte klar, dass die Bindung an das Gesetz die Grundlage des Rechtsstaates darstelle. Sowohl die AfD als auch die Demonstranten hätten für

sich Grundrechte in Anspruch genommen. Die Polizei habe bestmöglich dafür gesorgt, beides zu gewährleisten. Die CDU stehe dafür, sich mit politischen Mitbewerbern inhaltlich auseinanderzusetzen. Aufrufe, Parteitage zu verhindern, seien hingegen befremdlich.

Zukunftsperspektiven eröffnen

Lutz Richter (BSW) fand es in Ordnung, dass Menschen friedlich gegen den Parteitag der AfD demonstriert hätten. Die AfD biete nichts weiter als ein Ventil für den Frust vieler Bürgerinnen und Bürger und deren Gefühl der Ohnmacht. Gefühle könne man aber nicht weg demonstrieren. Es brauche vielmehr eine Politik, die die Folgen der Krisen nicht auf die Schwächsten abwälze, sondern Zukunftsperspektiven eröffne.

In erster Linie habe die AfD ein Problem mit der Demokratie, befand Albrecht Pallas (SPD). Die Partei wolle beispielsweise das Bürgergeld abschaffen, aus der EU austreten oder die Förderung von Genderstudies beenden. Mit der Meinungsfreiheit nehme es die AfD auch nicht so genau. Diese Politik gehe komplett an der Realität vorbei. In Riesa habe die Polizei eine schwere Aufgabe sehr gut bewältigt.

Verhältnismäßigkeit gewahrt

Laut Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) entsprach es dem Prinzip der praktischen Konkordanz, sowohl die Durchführung des Parteitags abzusichern, als auch den Gegenprotest zuzulassen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit stelle sicher, dass Menschen ihre Meinung in Sicht- und Hörweite ausdrücken dürften. Aufgabe der Polizei sei es nicht, Widerspruchsfreiheit durchzusetzen.

Rico Gebhardt (Die Linke) bezweifelte, dass es bei der AfD einen ähnlichen Aufschrei gegeben hätte, wenn sich in Riesa 20 000 Demonstranten versammelt hätten, um die Deportation von Ausländern zu fordern. Die zwei Stunden Verspätung, mit der der Parteitag schließlich begann, seien vertretbar. Die verübten Straftaten ließen sich hingegen durch nichts rechtfertigen.

Innenminister Armin Schuster (CDU) betonte, dass der Einsatz in Riesa eine enorm herausfordernde Lage gewesen sei. Trotzdem habe die Polizei im Rahmen der Verhältnismäßigkeit agiert und die jeweiligen Rechte geschützt. Es habe aber auch Vorfälle gegeben, die noch aufgeklärt werden müssten. Die größten Leidtragenden jener Tage seien letztlich die Bürger in Riesa gewesen.

// Dr. Daniel Thieme

Ehrenamt hält Sport in Bewegung

Sanierungsstau bei Sportstätten soll abgebaut werden

In einer weiteren Aktuellen Debatte der 7. Sitzung am 12. Februar 2025 debattierten die Abgeordneten über das Thema der SPD-Fraktion: »125 Jahre DFB-Gründung in Leipzig – Nach der Feier kommt die Arbeit: Ehrenamt und Sportvereine stärken!« Der Deutsche Fußball-Bund ist mit mehr als 7 Millionen Mitgliedern der größte Sportfachverband der Welt.

Beträchtlicher Investitionsstau

Viele Sportstätten in Deutschland befänden sich in keinem guten Zustand, stieg Albrecht Pallas (SPD) in die Debatte ein. Der Sanierungsstau belaufe sich mittlerweile auf insgesamt 376 Millionen Euro. Sobald es die Finanzlage erlaube, solle der Freistaat mit den notwendigen Investitionen beginnen. Doch auch die Verbände müssten sich entsprechend ihrer Möglichkeiten einbringen.

Mit dem DFB-Jubiläum feiere man nicht nur den Sport, sondern auch das gelebte Miteinander, so Wolf-Dietrich Rost (CDU). Um das freiwillige Engagement weiter zu

stärken, habe man zuletzt das Förderprogramm »Ehrenamt stärken im Sport« ins Leben gerufen. Eine Herausforderung dürfte es werden, in den kommenden Jahren das Niveau der finanziellen Unterstützung im Sport zu halten.

Grundlage für Erfolg

Der Deutsche Fußball-Bund sei eine große Erfolgsgeschichte, hob Heiko Gumprecht (AfD) an. Die Grundlage dafür werde in vielen kleinen Vereinen mit unzähligen Trainern und Helfern gelegt. Der Gewinn für die Gesellschaft bestehe darin, dass aus jedem Sportler ein Leistungsträger werden könne. Auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hätten Vereine einen äußerst positiven Einfluss.

Fast jeder dritte Deutsche engagiere sich ehrenamtlich, erklärte Ralf Böhme (BSW). Um der hohen Bedeutung gerecht zu werden, müsse das Ehrenamt weiter gestärkt werden. Dies könne etwa durch die Erhöhung des Freibetrages für die Ehrenamtszuschüsse oder eine Rentenansparung geschehen. Auch eine Verringerung der Bürokratie sei notwendig.

Nachhaltige Sanierung anstreben

Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) mahnte, bei der Sanierung von Sportstätten mehr auf Nachhaltigkeit zu achten. Ein Vorbild sei hier der DFB, der seine Vereine zu Energieeffizienz berate. An anderer Stelle bestehe aber noch Handlungsbedarf. Der Fußball-Bund solle stärker darauf hinwirken, die Themen Diversität, Vielfalt und Antidiskriminierung weiter in die Praxis umzusetzen.

Ehrenamt und Sport hätten viel mit Leidenschaft und Hingabe zu tun, befand Nam Duy Nguyen (Die Linke). Das Ehrenamt sei aber nicht nur ein Hobby, sondern eine Art Arbeit, die der Gesellschaft nütze. Ein Recht auf Bildungsurlaub würde den freiwillig Engagierten helfen, sich weiter zu qualifizieren. Man dürfe den Sport in Sachsen nicht kaputtsparen, sondern müsse ihn besser unterstützen.

Innenminister Armin Schuster (CDU) würdigte wie seine Vorredner das hohe ehrenamtliche Engagement im Sport. Die Mitgliederzahlen würden weiterhin steigen. Auch in Sportstätten habe man kontinuierlich investiert und Vereinen während der Coronapandemie geholfen. Es sei ein Erfolg, die Zuwendungen an den Landessportbund trotz schwieriger Haushaltslage in der bisherigen Höhe zu halten.

// Dr. Daniel Thieme





Foto: Rido / stock.adobe.com

Hintergrundinformationen zum Ehrenamt im Sport

In Sachsen wird mit Begeisterung Sport getrieben. Rund 700 000 Menschen sind im Freistaat Mitglied eines Sportvereins. Der steigenden Mitgliederzahl steht allerdings eine sinkende Bereitschaft entgegen, Verantwortung zu übernehmen und sich ehrenamtlich zu engagieren.

Die Bandbreite ziviler Organisationen in Sachsen ist vielfältig. Neben den Kultur- und Bildungsvereinen sind es die Sportvereine, die einen Großteil der Vereinskultur des Freistaats ausmachen. So zählt der Landessportbund Sachsen mehr als 700 000 Mitglieder in über 4 300 Sportvereinen. Dass Sport in einem Verein zur Verbesserung der eigenen Fitness beiträgt und zusätzlich auch noch Spaß macht, belegen auch die wachsenden Mitgliederzahlen in den sächsischen Sportvereinen. Diese Entwicklung ist wünschenswert und erfreulich, stellt die einzelnen Vereine aber vor zunehmende Herausforderungen. Während mehr Menschen den Sportvereinen beitreten, sinkt die Zahl derer, die Verantwortung übernehmen wollen und sich ehrenamtlich engagieren.

Ehrenamt und Engagement gelten als Grundvoraussetzung für das Funktionieren von Vereinen – im organisierten Sport ist das nicht anders. Es braucht beispielsweise gut qualifizierte Trainerinnen und Trainer, Personen, die sich um die Organisation und

Leitung eines Vereins kümmern, sowie Freiwilligen in Kampf- und Schiedsgerichten.

Aktuell leisten rund 95 000 Menschen in Sachsen ehrenamtliche und zum Großteil unentgeltliche Arbeit in Sportvereinen und -verbänden. Auch bei sportlichen Großveranstaltungen, wie der Fußball EM 2024 oder dem Turn- und Sportfest in Leipzig, sind zahlreiche Freiwillige dabei. Ihr Engagement erzeugt einen hohen Betrag an sozialem

Kapital, das der Allgemeinheit zugutekommt.

Die Beispiele dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Ehrenamt fast überall an Nachwuchs fehlt. Gerade junge Menschen lassen sich nur noch schwer für langfristiges ehrenamtliches Engagement begeistern und an Vereine binden. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Zu suchen sind sie unter anderem in einem veränderten Freizeitverhalten. Junge Leute sind in vielen Bereichen aktiv und legen sich nur noch selten auf eine einzige Sache fest. Eine in die Jahre gekommene Sportinfrastruktur und fehlende Investitionen sind für das ehrenamtliche Engagement ebenfalls wenig attraktiv. Hinzu kommt, dass die aktiven Ehrenamtler fehlende Wertschätzung beklagen, obwohl sich in diesem Bereich viel entwickelt hat und der Freistaat Sachsen die Ehrenamtskultur mit Projekten und Initiativen vielfältig fördert.



www.ehrenamt.sachsen.de

// Suzanna Ludley, Dr. Daniel Thieme

Wohnen als Armutsrisiko

Die Linke fordert stärkere Regulierung am Wohnungsmarkt

Am 13. Februar 2025 debattierte der Sächsische Landtag in seiner Aktuellen Stunde auf Antrag der Fraktion Die Linke zum Thema: »Bezahlbares Wohnen – die soziale Frage unserer Zeit braucht Lösungen«.

Hohe Belastung für Mieter

Wohnen sei mittlerweile ein Armutsrisiko, betonte Juliane Nagel (Die Linke) eingangs. In den Ballungsräumen Dresden und Leipzig müssten die meisten Menschen mindestens 30 Prozent ihres Einkommens für Mietzahlungen aufbringen. Bei Neubauten sei die Miete fast unerschwinglich, auch die Nebenkosten seien eine große Belastung. Ihre Fraktion fordere deshalb deutlich mehr Hilfe von Bund und Land ein.

Die Mieten würden aufgrund des knappen Wohnungsangebots in den sächsischen Großstädten weiter steigen, gab auch Ingo Flemming (CDU) zu. Nur ein stärkerer Wohnungsbau könne das Angebot erhöhen und dadurch die Mieten senken. Dazu müssten Auflagen abgebaut und flexibilisiert werden. Auch das Bauen von Eigentums- und Sozialwohnungen solle weiter gefördert werden.

Wohneigentum fördern

Holger Hentschel (AfD) forderte, das Gebäudeenergiegesetz wieder abzuschaffen und ausufernde Bau- und Klimavorschriften im Wohnungsbau auszusetzen. Auch die unkontrollierte Migration müsse enden.



Thomas Löser



Juliane Nagel



AKTUELLE DEBATTEN
ALS VIDEO

Andererseits solle die Schaffung von Wohneigentum weiter gefördert werden. Denn dies biete nicht nur Sicherheit, sondern trage auch zur Altersvorsorge bei.

Uta Knebel (BSW) sah das Problem für die Wohnungsknappheit in Leipzig vor allem im schnellen Wachstum der Stadt. In anderen Regionen Sachsens gebe es hingegen größeren Leerstand. Das Problem könne gelöst werden, indem man etwa das Umland der Großstädte stärker einbeziehe. Grundstücke für Neubauten und die notwendige Infrastruktur in den umliegenden Regionen seien vorhanden.

Eingriffe in den Wohnungsmarkt

Die Steigerung der Eigentumsquote sei wichtig, so Albrecht Pallas (SPD). Es müsse aber auch mehr gebaut werden, vor allem im unteren und mittleren Segment. Bis es ausreichend bezahlbare Wohnungen gebe, brauche es Kappungsgrenzen für Bestandsverträge oder die Mietpreisbremse für Neuverträge. Die Kommunen sollten weiterhin die Zweckentfremdung von Wohnraum unterbinden dürfen.

Thomas Löser (BÜNDNISGRÜNE) begründete den Wohnungsdruck in den Großstädten u. a. damit, dass nicht jeder stundenlang

Die weiteren Aktuellen Debatten am 12. und 13. Februar 2025 lauteten »Sozialen Kahlschlag verhindern – sozialen Zusammenhalt stärken!« (Antrag der BSW-Fraktion), »Boom der Erneuerbaren Energien in Sachsen – Sieht so eine gescheiterte Energiewende aus, Herr Kretschmer?« (BÜNDNISGRÜNE) und »Kulturhauptstadt Chemnitz 2025 – Kultur und Gesellschaft nachhaltig verbinden« (CDU).

pendeln wolle. Wenn man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Freistaates erhalten möchte, müsse mehr in Wohnraum investiert werden. Doch die Zuschüsse des Landes würden teilweise nicht abgerufen, weil die Fördersätze zu niedrig lägen. Dies müsse geändert werden.

Die Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, Regina Kraushaar (CDU), erinnerte daran, dass das genossenschaftliche Wohnen eine wichtige Stütze für bezahlbares Wohnen darstelle. Doch auch Wohneigentum sei essenziell und werde durch den Freistaat gefördert. In den Wohnungsmarkt selbst dürfe nur mit Augenmaß eingegriffen werden.

// Dr. Daniel Thieme

Landtag besetzt wichtige Kontrollgremien

Abgeordnete kontrollieren Arbeit des Verfassungsschutzes und der Polizei

Am 15. Januar 2025 kam der Sächsische Landtag zu seiner 6. Sitzung in der 8. Wahlperiode zusammen. Auf der Tagesordnung standen fast ausschließlich Personalentscheidungen. Gewählt wurden unter anderem die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission, des Parlamentarischen Kontrollgremiums und der G-10-Kommission.

Zu den bekanntesten Aufgaben eines Parlaments zählt es gemeinhin, Gesetze zu beschließen. Etwas weniger bekannt sind mitunter jene Funktionen, die es bei der Kontrolle der Regierung und den ihr unterstellten Behörden erfüllt. Doch Kontrolle über das Handeln der Staatsregierung übt der Sächsische Landtag nicht nur mit Anfragen oder durch Untersuchungsausschüsse aus. Er beaufsichtigt ebenso die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz oder die Arbeit der sächsischen Polizei in bestimmten Bereichen. Grundsätzlich sind beide Organe dem sächsischen Innenministerium unterstellt. Ihre Kontrolle allerdings liegt auch beim Parlament. Dies soll sicherstellen, dass die Exekutive nicht ohne triftige Gründe in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift.

Wahl der Parlamentarischen Kontrollgremien

Damit die parlamentarische Aufsicht in der neu begonnenen 8. Wahlperiode sichergestellt ist, wählte der Sächsische Landtag am 15. Januar ohne Aussprache die neuen Vertreter der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK). Ihr gehören Ronny Wähner (CDU), Carsten Hütter (AfD), Bernd Rudolph (BSW), Albrecht Pallas (SPD) und Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) an. Die Aufgabe der PKK ist es, die Aktivitäten der Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht über das Landesamt für Verfassungsschutz und die Tätigkeit dieses Amtes zu kontrollieren.

Mithilfe des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) kontrolliert der Sächsische Landtag polizeiliche Maßnahmen bei der akustischen Wohnraumüberwachung, also das Abhören Verdächtiger in ihrem

privaten Umfeld. Wie auch bei der Parlamentarischen Kontrollkommission sind die Beratungen des Gremiums geheim, die Mitglieder sind zur Geheimhaltung aller Angelegenheiten verpflichtet. In der 8. Wahlperiode gehören dem PKG Ronny Wähner (CDU), Sebastian Wippel (AfD), Bernd Rudolph (BSW), Albrecht Pallas (SPD) und Valentin Lippmann (BÜNDNISGRÜNE) an.

Ähnlich zur PKK und dem PKG verhält es sich mit den Aufgaben der G-10-Kommission. Sie überprüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit aller vom Staatsministerium des Innern angeordneten Überwachungsmaßnahmen des Landesamtes für Verfassungsschutz, die das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 Grundgesetz) beschränken. Als Mitglieder der G-10-Kommission bestimmte der Landtag Martin Modschiedler und Ronny Wähner (beide CDU) sowie Carsten Hütter (AfD). Auf seiner

Sitzung am 15. Januar wählte das Parlament zudem Daniela Pfeifer (CDU) als Vertreterin in den Stiftungsrat der »Stiftung Sächsische Behindertenselbsthilfe – Otto Perle«.

Bildung und Stärke der ständigen Ausschüsse

Der letzte Tagesordnungspunkt der 6. Sitzung des 8. Sächsischen Landtags betraf die Bildung der ständigen Ausschüsse bzw. Fachausschüsse. Sie werden spiegelbildlich zu den Staatsministerien gebildet. Gemäß ihres Arbeitsauftrags in der Geschäftsordnung bereiten sie Gesetzentwürfe, Anträge und weitere Beschlüsse der Landtagssitzungen vor. Welche ständigen Ausschüsse es in der 8. Wahlperiode gibt und wer ihnen vorsitzt, lesen Sie auf Seite 16.

// Dr. Daniel Thieme

Große Zustimmung für die unterbreiteten Wahlvorschläge



Foto: O. Klittig



Thomas Thumm



Uta Knebel

Fotos: O. Killig

Kommunen in finanzieller Not

Landtag setzt Enquetekommission zu Kommunal финанzen ein

Auf Antrag der AfD-Fraktion beschloss der Sächsische Landtag in seiner 8. Sitzung am 13. Februar 2025 die Einsetzung einer weiteren Enquetekommission. Sie trägt den Titel »Ein lebenswertes Sachsen – durch handlungsfähige Kommunalhaushalte und Stärkung der Entscheidungsträger vor Ort«. Bereits im Dezember 2024 wurde eine Enquetekommission zur Coronapandemie eingesetzt.

Handlungsfähige Kommunen benötigt

In Sachsen, so Thomas Thumm von der einbringenden AfD-Fraktion, begannen die kommunalen Haushalte zu kollabieren. Dies sei ein unerträglicher Zustand, die Kommunen würden zu Bittstellern degradiert. Die milliarden schwere Schuldenlast der Kommunen resultiere vor allem aus einer strukturellen Unterfinanzierung. Die Enquetekommission solle Lösungen für eine adäquate und zukunftssichere Finanzausstattung erarbeiten.

Der Antrag sei reine Schaufensterpolitik, konterte Stephan Weinrich (CDU). Die Situation der Kommunalfinanzen müsse jetzt und nicht erst in fünf Jahren geklärt werden. Man habe in dieser Frage kein Erkenntnisproblem, die Daten lägen vor. Zudem müssten die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände mit an den Beratungstisch. Im Koalitionsvertrag sei bereits die Einsetzung einer entsprechenden Reformkommission vereinbart worden.

Richtige und falsche Wege

Uta Knebel (BSW) schloss sich ihrem Vordredner an. Erste Erkenntnisse müssten bereits in den Doppelhaushalt 2027/28 einfließen. Alles andere sei nicht vermittelbar. Die Kommunen benötigten die bessere Finanzausstattung gewissermaßen seit gestern. Neben einer Neuaufstellung des Gesetzes über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen gelte es, ein Gesamtkonzept der kommunalen Finanzierung zu entwickeln.

Ihre Fraktion, so Juliane Pfeil (SPD), halte die Enquetekommission für den falschen Weg. Die Arbeit eines solchen Gremiums dauere zu lange. Während die AfD parlamentarische Selbstbeschäftigung anstrebe, löse ihre Fraktion die Probleme. Die Koalitionsfraktionen hätten sich auf eine Reformkommission unter Beteiligung der kommunalen Ebene verständigt. So ließen sich schnell Ergebnisse erzielen und u. a. die Sächsische Gemeindeordnung novellieren.

Daten bereits bekannt

Unnötig und ineffektiv sei diese Enquetekommission, befand Franziska Schubert (BÜNDNISGRÜNE). Sie wäre ein nicht öffentliches Hinterzimmergremium und Verbesserungen würden erst für 2029 oder 2030 in Aussicht gestellt. Zudem lägen alle Daten bereits vor, es fehle bisher lediglich an der Bereitschaft, diese Probleme ernsthaft anzugehen. Ihre Fraktion setze sich seit Jahren für eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs in Sachsen ein.

Kaum jemand bezweifle die ungelösten Probleme bei der finanziellen Ausstattung der kommunalen Ebene, bemerkte Rico Gebhardt (Die Linke). Jedoch habe die AfD nach seinem Dafürhalten gar kein Interesse an einer breiten Lösungsorientierung. Stattdessen wolle sie mit der Methode »Rasenmäher« all jene staatlichen Ausgaben streichen, die ihr ideologisch nicht in den Kram passten. Die Kommission werde keine Ergebnisse liefern, die die Kommunen bräuchten.

Zum Schluss ergriff der fraktionslose Abgeordnete Matthias Berger das Wort. Die Not sei groß und er frage sich, wie es so weit kommen konnte. Die Regierung habe in den vergangenen Jahren nur zugeschaut und nichts gemacht. Es brauche jetzt dieses Zeichen der Zustimmung im Sächsischen Landtag.

// Dr. Thomas Schubert

AKTUELLE GESETZGEBUNG

TITEL | EINBRINGER | AUSSCHUSS

ERLÄUTERUNG

STATUS

Gesetz zur Änderung des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen

8/1341 | AfD

Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft

Der Gesetzentwurf bezweckt, dass die Ausgleichsaufforstung für durch Infrastrukturprojekte beanspruchte Waldflächen nicht mehr auf Agrarflächen stattfindet.



»5 Tage Bildungszeit in Sachsen«. Gesetz über den Anspruch auf Bildungsfreistellung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Bildungsfreistellungsgesetz – SächsBFG)

8/1429 | Volksantrag

Ziel des Volksantrags ist die Einführung eines Anspruchs auf bezahlte Bildungsfreistellung von fünf Arbeitstagen pro Kalenderjahr für alle im Freistaat Sachsen Beschäftigten für anerkannte Weiterbildungsveranstaltungen.



✓ angenommen ✗ abgelehnt ○ im parlamentartischen Verfahren



Nähere Informationen unter <https://edas.landtag.sachsen.de/redas/>

// Rüdiger Soster

Gesetzgebung durch das Volk

In den vergangenen Legislaturperioden wurde jeweils etwas mehr als die Hälfte aller Gesetzentwürfe aus der Mitte des Landtags, namentlich von den Fraktionen, eingebracht. Die andere Hälfte stammte von der Staatsregierung. Daneben berechtigt die Verfassung des Freistaates Sachsen in Artikel 70 Absatz 1 auch das Volk zu Gesetzesinitiativen durch einen Volksantrag. Mit dem oben aufgeführten Volksantrag »5 Tage Bildungszeit in Sachsen« ist der zehnte Volksantrag seit der Wiedegründung Sachsens eingereicht worden.

Ein Volksantrag ist gemäß Artikel 71 der Verfassung des Freistaates Sachsen ein mit Begründung versehener Gesetzentwurf, der von mindestens 40 000 Stimmberechtigten durch ihre Unterschrift unterstützt wird. Der Volksantrag wird beim Landtagspräsidenten eingereicht. Anschließend holt der Landtagspräsident eine Stellungnahme der Staatsregierung ein und prüft den Volks-

antrag auf seine Zulässigkeit. Dabei müssen auch die Unterschriftsbögen stichprobenartig überprüft werden. Beim Volksantrag »5 Tage Bildungszeit in Sachsen« betraf dies über 60 000 Unterschriften, die in 188 Aktenordnern zusammengestellt waren.

Der zugelassene Volksantrag wird nach einer möglichen ersten Beratung in einer der nächsten Plenarsitzungen am 26. bzw.

27. März 2025 an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Stimmt das Parlament dem Antrag in zweiter Beratung zu, wird er zum Gesetz und kann nach der Verkündung im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft treten. Für das gesamte parlamentarische Verfahren setzt die Verfassung dem Landtag eine Frist zur Zustimmung binnen sechs Monaten. Verstreich diese Frist oder wird

nur ein veränderter Gesetzentwurf beschlossen, kann ein Volksbegehren angestrengt werden. Auf diesem Wege müssen dann binnen sechs weiteren Monaten 450 000 Unterstützerunterschriften organisiert werden. Gelingt auch dies, kommt es zum Volksentscheid.

Abgesehen von Abgaben-, Besoldungs- und Haushaltsgesetzen kann im Grunde jedes Gesetz durch Volksentscheid beschlossen werden, einschließlich Verfassungsänderungen. Im Freistaat Sachsen war bislang einmal ein Volksentscheid erfolgreich: jener im Jahr 2001 zum Erhalt der kommunalen Sparkassen.

// Rüdiger Soster

WAS HAT IHRE ÜBERZEUGUNG ZUR DEMOKRATIE GEPRÄGT, HERR LANDTAGSPRÄSIDENT?

Im Interview mit dem Landtagskurier spricht der neue Landtagspräsident Alexander Dierks über seine Einstellung zur Demokratie. Dabei stellt er klar, dass sie zwar Herausforderndes mit sich bringt, am Ende aber den größtmöglichen Gewinn für die Allgemeinheit bedeutet.



Demokratie ist eine positive Zumutung!

Landtagspräsident Alexander Dierks über politische Überzeugungen und nötige Kompromisse

Fotos: S. Floss

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, beginnen wir einmal bei Ihnen selbst: Für was steht der politische Mensch Alexander Dierks?

Ich sage es mal so: Ich fand Politik und Parlamentarismus schon immer faszinierend. Es ist ein hoch spannender Prozess und ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass die parlamentarische Demokratie das Wertvollste ist, was wir haben. Gerade deswegen macht es mir Freude und ich empfinde es als große Ehre und Verantwortung, daran an zentraler Stelle mitwirken zu dürfen. Ganz grundlegend finde ich, kommt es in einer freien Gesellschaft auf jeden an. Egal ob im Parlament oder im persönlichen Leben, sich immer wieder die

Seit dem 1. Oktober 2024 heißt der neue Parlamentspräsident in Sachsen Alexander Dierks. In 35 Jahren Landtagsgeschichte ist er erst der dritte Amtsinhaber und mit 37 Lebensjahren der mit Abstand jüngste. Über seine politischen Botschaften und die Rolle des Landtags in anspruchsvollen Zeiten sprachen mit ihm die Redakteure Dr. Thomas Schubert und Dr. Daniel Thieme.

Frage zu stellen: Was kann ich tun, um bestimmte Dinge voranzubringen und zu gestalten?

In Ihrer Antrittsrede haben Sie sich selbst als »demokratischen Überzeugungstäter« bezeichnet. Was hat Ihre Überzeugung zur Demokratie geprägt?

Die parlamentarische Demokratie in Europa und insbesondere auch in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg ist eine Erfolgsgeschichte. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Demokratie sicherlich nicht der be-

quemste Weg ist, eine Gesellschaft zu organisieren, aber der nachhaltigste. Insofern finde ich es spannend und wichtig, sich dieser Verantwortung und auch der Herausforderung »Demokratie« immer wieder neu zu stellen. Demokratie ist in diesem Sinne eine positive Zumutung! Die oft endlos anmutenden Aushandlungsprozesse, das Gefühl, dasselbe Brett immer wieder neu zu bohren und erkennen zu müssen, dass manche Dinge ein Momentum brauchen. Dass man vielleicht sogar in der Sache recht haben kann, aber es nicht an der Zeit ist, diese durchzusetzen.

Was ist im Parlament anders in dieser neuen Wahlperiode?

Ich glaube, jeder, der oberflächlich auf den Landtag blickt, wird vielleicht gar keinen Unterschied bemerken. Aber je genauer man die alltägliche Arbeit betrachtet, desto deutlicher wird, dass sich Dinge verändert haben. Es ist eine neue Situation: Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Freistaates Sachsen haben wir eine Regierung, die nicht von einer parlamentarischen Mehrheit getragen wird.

Im besten Falle werden wir nach fünf Jahren sagen, es ist uns gelungen, in dieser Konstellation zu guten Entscheidungen für den Freistaat Sachsen gekommen zu sein. Vor allem aber sollten wir den Kompromiss

wieder in ein positiveres Licht rücken und deutlich machen, dass es eben der Kompromiss ist, der in der Demokratie häufig zu guten Ergebnissen führt.

Was sind die anstrengendsten und schönsten Aufgaben, mit denen Sie in Ihrem neuen Amt zu tun haben?

Es ist ein großes Privileg, dieses Land in einer noch größeren Vielfalt kennenlernen zu dürfen. Unternehmen und Kultureinrichtungen, Schulen, Menschen aller Altersklassen, aller Berufe, aller Hintergründe zu treffen und zu merken, wie reich die Bürgergesellschaft dieses Landes ist. Das ist der größte Schatz dieses Landes, der mich ehrlicherweise nicht bange sein lässt.



Es ist sicherlich kein Geheimnis, dass es eine Herausforderung war, die Plenarsitzung zur Wahl des Ministerpräsidenten zu leiten. In diesem Moment spürt man die Erwartungshaltung und die Größe der anstehenden Entscheidung. Natürlich war auch die Erleichterung hinterher riesig, als die Wahl gelungen und damit eine Regierung gebildet war.

Noch einmal zusammengefasst, welche Botschaften kann man von dem Landtagspräsidenten Alexander Dierks in den nächsten Jahren erwarten? Was wird sich mit ihm verbinden?

Also zum einen ein wirklich großes Plädoyer für die parlamentarische Demokratie. Ich finde es wichtig, in unserem Land mit Menschen, insbesondere jungen Menschen, ins Gespräch zu kommen, um deutlich zu machen, dass diese Art der Entscheidungsfindung ein riesen-großer Wert ist. Gleichzeitig werde ich intensiv für einen anständigen Umgang in unserer Gesellschaft und nicht zuletzt stellvertretend im Parlament werben. Ich glaube, das ist bislang ganz gut gelungen.

Selbstverständlich braucht es auch einen vitalen parlamentarischen und politischen Streit, der dann letztlich zu einem Kompromiss führt.

Ich werde auch sehr deutlich darauf hinweisen, dass Demokratie zwar verteidigt werden muss, Demokratie sich aber auch selbst verteidigt. Sie legitimiert sich dadurch, dass sie in der Lage ist, gerade in schwierigen



Situationen Probleme zu lösen. Die Geschichte unserer Bundesrepublik zeigt doch, dass wir handeln können. Auch Demut und Zweifel sind in einer Demokratie nicht falsch. Es ist richtig, in schwierigen Situationen nicht instinktiv auf das Gaspedal zu treten. Nicht alles muss immer sofort entschieden werden.

Welche Botschaften haben Sie speziell für die junge Generation?

Ich persönlich glaube, dass sich junge Menschen bewusstmachen müssen, dass sie alle Chancen haben. Ich finde es problematisch, dass ihnen gesagt wird, die besten Jahre seien vorbei. Junge Menschen sollten selbstbewusst ihre Stimme erheben und sich in den politischen Prozess einbringen. Sie dürfen und sollten die ältere Generation herausfordern und mit dem einen oder anderen strukturellen Problem konfrontieren.

Es gibt ja eine aktuelle Umfrage, die zeigt, dass in Sachsen weniger als ein Drittel der Menschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind. Was hilft gegen diese gewaltige Vertrauenskrise?

Ich würde sagen Dialog, Ehrlichkeit und Handlungsfähigkeit. Es erfordert dabei Demut, zu wissen, was Politik kann und was

sie nicht kann, wo Grenzen des Handelns liegen. Bestimmte Fragen lassen sich nicht durch eine einzige Entscheidung beantworten, sondern nur durch viele kleine Schritte, die in die richtige Richtung führen und niemanden überfordern. Die parlamentarische Demokratie versucht Freude und Leid gleichmäßig zu verteilen, auch im Sinne des gesellschaftlichen Friedens.

Was hilft aus Ihrer Sicht dem Zusammenhalt in unserem Land und was hilft, die aktuelle Gereiztheit wieder abzubauen?

Ich glaube, es gibt ein oder zwei wirklich grundlegende Herausforderungen, die jetzt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern geklärt werden müssen. Dazu zählen die Migrations- und Wirtschaftspolitik. Diese Themen haben in den letzten Jahren dazu geführt, die Gesellschaft ins Gären zu bringen. Ich bin der Meinung, dass sowohl Streit, vor allem aber Kompromiss, an ihrer jeweiligen Stelle als notwendige Instrumente einer freien Gesellschaft wieder stärker anerkannt werden müssen.

Herr Landtagspräsident, wir danken Ihnen für das Gespräch!



Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus

Foto: T. Schlorke

Ausschüsse nehmen Arbeit auf

— Mitglieder und Vorsitzende der Fachausschüsse bestimmt

In der Plenarsitzung vom 15. Januar 2025 beschloss der Sächsische Landtag die Zuschnitte seiner 11 Fachausschüsse für die 8. Wahlperiode. Neun Ausschüsse werden spiegelbildlich zu den Ministerien der Staatsregierung gebildet und bestehen aus je 18 Mitgliedern. Hinzu kommen der Aus-

schuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten sowie der Petitionsausschuss, der als einziger 24 Mitglieder umfasst. Wie viele Ausschusssitze einer Fraktion zustehen, hängt von ihrer Größe im Landtag ab. Die Stärke einer Fraktion beeinflusst auch, auf wie viele Ausschussvorsitze sie

Zugriff bekommt. Je größer eine Fraktion, umso mehr Vorsitzen- de kann sie benennen. Welcher Ausschussvorsitz dann an welche Fraktion geht, wird ausgehandelt. Traditionell wird der Haushalts- und Finanzausschuss von der größten Oppositionsfraktion geführt. Eine Wahl der Vorsitzenden findet nicht statt,

die Geschäftsordnung erlaubt jedoch eine Abberufung. In der letzten Januarwoche sind die neuen Fachausschüsse erstmals zusammengetreten und haben bereits erste Beschlüsse gefasst.

// Janina Wackernagel

Ausschuss für Inneres, Kommunales und Sport

Vorsitzender: **Lars Kuppi** (AfD)

stellvertretende Vorsitzende: **Kerstin Nicolaus** (CDU)

Der Ausschuss befasst sich mit allen Fragen der Inneren Sicherheit, dazu zählen u. a. die Bereiche »Blaulicht«, Katastrophenschutz sowie Verfassungsschutz. Ferner ist der Ausschuss zuständig für das Kommunalrecht, für die Belange des Breiten- und Spitzensports im Freistaat sowie beamten- und verwaltungsrechtliche Angelegenheiten.



Haushalts- und Finanzausschuss

Vorsitzender **Holger Hentschel** (AfD)

stellvertretender Vorsitzender: **Ronald Pohle** (CDU)

Der Ausschuss behält die Kontrolle über den Haushaltsvollzug und damit den Überblick über die gesamte Regierungspolitik. Er berät federführend den Landeshaushalt. Darüber hinaus befasst sich der Ausschuss u. a. mit der Rolle staatlicher Unternehmensbeteiligungen, der sächsischen Steuerverwaltung, dem Besoldungs- und Sparkassenrecht sowie den Rahmenbedingungen für die Kommunalfinanzen.



Ausschuss für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus

Vorsitzende: **Sandra Gockel** (CDU)
stellvertretender Vorsitzender: **Torsten Gahler** (AfD)

Der Ausschuss befasst sich u. a. mit Fragen der Personalausstattung, der Forschung und der Lehre in der Wissenschafts- und Hochschullandschaft Sachsens. Für den Bereich Medien bespricht man hier beispielsweise Fragen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ferner werden Initiativen für die sächsische Kulturlandschaft und den sächsischen Tourismus erörtert.



Ausschuss für Infrastruktur und Landesentwicklung

Vorsitzender: **Oliver Fritzsche** (CDU)
stellvertretender Vorsitzender: **Ralf Böhme** (BSW)

Der Ausschuss befasst sich mit Fragen aus den Bereichen Strukturwandel und Regionalpolitik, Bau- und Wohnungswesen, Landesverkehrspolitik, ländlicher Raum, Stadtentwicklung sowie Infrastruktur. Hinzu kommen u. a. die Themen Denkmalschutz und Vermessungswesen in Sachsen.



Ausschuss für Schule und Bildung

Vorsitzende: **Romy Penz** (AfD)
stellvertretender Vorsitzender: **Dr. Frank Kromer** (CDU)

Der Ausschuss befasst sich mit den Bereichen Bildung und Erziehung an den sächsischen Kindertagesstätten und Schulen. Zu dem komplexen Themenfeld gehören u. a. Fragen der Personalentwicklung, die strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung der Bildungsplanung sowie die Aus- und Fortbildung. Auch Angelegenheiten von Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften werden hier beraten.



Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft

Vorsitzende: **Simone Lang** (SPD)
stellvertretender Vorsitzender: **Rick Ulbricht** (CDU)

In dem Ausschuss werden Fragen der Agrar-, Forst-, Jagd- und Umweltpolitik aufgerufen, einschließlich u. a. der Bereiche Naturschutz, Landschaftsplanung, Ernährungswirtschaft und Verwaltung der staatlichen Wälder.



Ausschuss für Verfassung, Recht und Europa

Vorsitzender: **Alexander Wiesner** (AfD)
stellvertretender Vorsitzender: **Marko Schiemann** (CDU)

Angelegenheiten, die die sächsische Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzug betreffen, werden in dem Ausschuss ebenso beraten, wie u. a. die Bereiche Verfassungsrecht, Volksgesetzgebung und Normenkontrolle.



Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Vorsitzender: **Sören Voigt** (CDU)
stellvertretender Vorsitzender: **Thomas Thumm** (AfD)

Wirtschaftspolitische Fragen von Vergaberecht, Mittelstandsförderung und Arbeitsrecht über Ansiedlungen und Fachkräftesicherung werden hier erörtert; ebenso die Bereiche Klimawandel, Energiewirtschaft sowie Kreislauf- und Abfallwirtschaft. Auch Initiativen zum Bergbau sind hier zu finden.



Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Vorsitzender: **Ronny Kupke** (BSW)
stellvertretende Vorsitzende: **Laura Stellbrink** (SPD)

Der Ausschuss befasst sich mit allen Fragen zur Sozial- und Gesundheitspolitik. Dazu zählen u. a. die Themen Verbraucherschutz, Senioren, Jugend und Familie sowie Sicherstellung der medizinischen Versorgung, Tierschutz und Förderung des Ehrenamtes. Hinzu kommen die Themenbereiche Gleichstellung und Gewaltschutz sowie Demokratie und Bürgerbeteiligung.



Petitionsausschuss

Vorsitzende: **Daniela Kuge** (CDU)
stellvertretender Vorsitzender: **Norbert Mayer** (AfD)

Hier werden Bitten oder Beschwerden von Bürgern bearbeitet, die sich auf Verwaltungsmaßnahmen von Ämtern oder Behörden beziehen, die der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehen. Dies können Beschwerden bezüglich einer sächsischen Landesbehörde sein, aber auch Gesetzesänderungsvorschläge, -beanstandungen und -anregungen.



Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten

Vorsitzende: **Susan Leithoff** (CDU)
stellvertretender Vorsitzender: **Martin Braukmann** (AfD)

Gibt es im Laufe einer Legislatur fraktionsübergreifend Bedarf, die Geschäftsordnung zu ändern oder wird beantragt, die Immunität eines Mitglieds des Landtags aufzuheben, wird dieser Ausschuss angerufen.



Kurz informiert

Landtagspräsident trifft Botschafter Tadschikistans

Der Botschafter der Republik Tadschikistan in Deutschland, Dr. Imomudin Sattorow, stattete am 22. Januar 2025 Landtagspräsident Alexander Dierks seinen Antrittsbesuch ab. Beim Treffen im Ständehaus sprachen beide unter anderem über eine Vertiefung des Austauschs in den Bereichen Jugend, Bildung, Forschung und Demokratie. Zum Auftakt des Gesprächs trug sich der Botschafter in das Gästebuch des Sächsischen Landtags ein.



Foto: N. Millauer

Schweigeminute im Sächsischen Landtag

Aus Anteilnahme am Tod des sächsischen Polizeibeamten Maximilian Stoppa fand am 14. Januar 2025 im Plenarsaal des Sächsischen Landtags eine Schweigeminute statt. An dem Gedenken nahmen Abgeordnete des Sächsischen Landtags, Mitglieder der Staatsregierung und Angehörige der Polizei teil. Maximilian Stoppa wurde am 7. Januar in Ausübung seines Dienstes getötet. Am Tag darauf wehten die Fahnen vor dem Landtagsgebäude auf Halbmast.



Foto: Landtag



Foto: M. Butang

Lessing-Preis 2025 in Kamenz verliehen

Der Lessing-Preis des Freistaates Sachsen wird alle zwei Jahre für herausragende Leistungen in Literatur und benachbarten Kunstsparten verliehen. Er ist mit 20.000 Euro dotiert und erinnert an den 1729 in Kamenz geborenen Schriftsteller Gotthold Ephraim Lessing. Die Auszeichnung ging in diesem Jahr an den Leipziger Autor Clemens Meyer. Er ist unter anderem für seine Werke »Als wir träumten« und »Die Projektoren« bekannt. Weitere Preise erhielten der Theater- und Filmregisseur Georg Genoux sowie die Autorin Tina Pruschmann. Die Verleihung fand in Anwesenheit von Landtagspräsident Alexander Dierks und Kulturministerin Barbara Klepsch statt.



Foto: Landtag

Erster Tätigkeitsbericht der Transparenzbeauftragten übergeben

Sachsens Datenschutz- und Transparenzbeauftragte Dr. Juliane Hundert hat ihren ersten Tätigkeitsbericht veröffentlicht und an den Sächsischen Landtag übergeben. Er umfasst den Zeitraum seit Inkrafttreten des Transparenzgesetzes am 1. Januar 2023 bis zum 30. September 2024. Das Transparenzgesetz bietet den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Zugang zu staatlichen Informationen zu erhalten. Im Berichtszeitraum verzeichnete die Behörde 88 Vermittlungsfälle.

**GLAUBE AN
EINE FRIEDVOLLE
ZUKUNFT**

Am 27. Januar 2025 führten die Theater Chemnitz die Mono-Oper »Das Tagebuch der Anne Frank« im Plenarsaal auf. Das Stück war zentraler Bestandteil des Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus im Sächsischen Landtag. Anne Franks Schriften sind heute in mehr als 70 Sprachen übersetzt und in über 100 Ländern veröffentlicht.

Anne-Frank-Denkmal vor dem einstigen Wohnhaus der Familie in Amsterdam



Fotos: T. Schlorke

»Oh ja, ich will nicht umsonst

Gedenkstunde am 27. Januar 2025 im Sächsischen Landtag

Mit einer eindrücklichen Veranstaltung erinnerte der Sächsische Landtag am 27. Januar an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Gedenken fand diesmal vor dem Hintergrund des 80. Jahrestags der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz statt.



Alexander Dierks

Am 27. Januar 1945 befreiten Soldaten der Roten Armee das deutsche Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz, genauer gesagt befreiten sie, was die SS und ihre Schergen zurückgelassen hatten – wenige Tausend ausgemergelte, oft sterbensranke Menschen, gefangen in der weltgrößten Todesfabrik. Der Holocaust und damit die systematische Menschenvernichtung hielten jedoch weiter an. Wie der israel-

ische Historiker Daniel Blatman vermerkt, waren Mitte Januar 1945 noch über 700 000 Menschen im Netz deutscher Konzentrationslager inhaftiert. Bis zur endgültigen Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschlands am 8. Mai 1945 verloren mindestens 250 000 von ihnen ihr Leben. Die Häftlinge wurden ab Ende 1944 erbarmungslos auf sogenannte Todesmärsche getrieben, weg aus den Lagern im Osten, hinein ins Reichsgebiet. Eine von ihnen war Anne Frank. Aus Auschwitz kommend, starb sie irgendwann im Frühjahr 1945 im KZ Bergen-Belsen. Ihrem Schicksal und ihrem weltberühmten Tagebuch widmet sich die Mono-Oper »Das Tagebuch der Anne Frank«, die im Sächsischen Landtag zur Aufführung kam.

Bedeutsamkeit des Gedenkens

Zuvor erinnerte Landtagspräsident Alexander Dierks die anwesenden Gäste, darunter Abgeordnete, Vertreter der Staatsregierung, des Verfassungsgerichtshofes, der jüdischen Gemeinden, der Kirchen sowie viele Schülerinnen und Schüler, an das Menschheitsverbrechen Holocaust. Die vor 80 Jahren befreiten Lager hätten gezeigt, was passiert, wenn die Amoral und die Abwesenheit jeglicher Menschlichkeit zur Staaträson werden. Auch der Holocaust habe dabei einmal mit bösem Reden begonnen, mit dem Unterscheiden der Menschen nach ihrem Wert. »Es begann mit diskriminierenden, mit ausgrenzenden Gesetzen und steigerte sich dann ins

Unermessliche. Vor dem Hintergrund der unfassbaren Verbrechen ist es deswegen wichtig, am 27. Januar zusammenzukommen«, so Dierks. Die Toten könnten nur in Frieden ruhen, die Angehörigen nur Frieden finden, wenn das Gedenken nicht ende.

Millionen Menschen seien von den Nationalsozialisten ermordet worden. Eines von unzähligen Schicksalen sei damals Anne Frank gewesen. Heute wäre sie 95 Jahre alt, gab Dierks zu bedenken und fragte: »Was wäre wohl aus Anne Frank geworden, wenn sie den Nationalsozialismus überlebt hätte?



Dr. Christoph Dittrich



www.theater-chemnitz.de



gelebt haben«

Vielleicht wäre sie Schriftstellerin geworden, Lehrerin, Wissenschaftlerin oder Ärztin.« Die Worte ihres Tagebuchs dürften daher nicht als ein Rufen aus der Vergangenheit, sondern als eindruckliche Stimme der Gegenwart begriffen werden.

Anne Frank mahne einmal mehr, dass es keinen Schlussstrich geben könne, so der Landtagspräsident weiter. Ganz im Gegenteil: Die Bundesrepublik Deutschland sei die Lehre aus den monströsen Verbrechen des Nationalsozialismus. Die Rolle des heutigen Deutschlands in Europa wäre undenkbar, hätte es nicht so eine umfangreiche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gegeben, wären nicht die richtigen Lehren gezogen worden und würden wir nicht noch heute an die Schrecken erinnern. Es gebe nichts Wertvolleres als Demokratie und Rechtsstaat. Und es sei die gemeinsame Verantwortung, auf unsere Demokratie, unser Land, auf das jüdische

Leben in Deutschland aufzupassen. Wenn die Errungenschaften von Demokratie und Rechtsstaat einmal verspielt seien, dann dauere es Generationen, sie zurückzuerlangen. Alle seien daher aufgerufen, die Demokratie zu schützen.

Mono-Oper »Das Tagebuch der Anne Frank«

Die künstlerische Umsetzung der Mono-Oper erfolgte durch die Theater Chemnitz – als Verantwortungsimpuls aus der Europäischen Kulturhauptstadt 2025. Das Musikwerk, so Dr. Christoph Dittrich, Generalintendant der Theater Chemnitz, sei wichtig. Es hole trotz der beklemmenden historischen Einordnung auf sehr persönliche Weise das Lebensgefühl einer vierzehnjährigen heran, die über ein enormes literarisches Talent verfügt habe, deren einstige Lebensenergie sich aber im Versteck vor den National-

sozialisten gar nicht habe entladen können.

Die Mono-Oper, ein musikalisch gesungener Monolog, stammt von dem russisch-jüdischen Komponisten Grigori Frid nach dem Tagebuch der Anne Frank. Unter der musikalischen Leitung von Maximilian Otto

wirkte zur Aufführung im Sächsischen Landtag als Solistin Elisabeth Dopheide (Sopran). Sprecherin war Susanne Stein, es spielten Musikerinnen und Musiker der Robert-Schumann-Philharmonie.

// Dr. Thomas Schubert

PORTRÄT ANNE FRANK

Geboren 1929 in Frankfurt am Main, lebte Anne Frank zunächst unbeschwert mit ihrer Familie in Frankfurt. Die judenfeindliche Politik der Nationalsozialisten zerbrach all dies. Die Familie floh 1934 nach Amsterdam, wählte sich zunächst in Sicherheit. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besetzung der Niederlande 1940 fing jedoch auch für dorthin emigrierte deutsche Juden eine Zeit tödlichen Terrors an. Im Juli 1942 tauchte die Familie unter. Anne Frank lebte über zwei Jahre in einem Hinterhaus, versteckt auf engstem Raum vor den Gestapo-Häschern. Hier schrieb sie ihr später weltberühmtes Tagebuch. Im August 1944 flog das Versteck auf, ihre Aufzeichnungen blieben aber von den Nationalsozialisten glücklicherweise unentdeckt. Zunächst nach Auschwitz deportiert, kam Anne Frank bald in das Konzentrationslager Bergen-Belsen, wo sie Anfang 1945 im Alter von 15 Jahren an Unterernährung und Krankheit starb – kurz nach ihrer Schwester Margot.



Foto: wikipedia



Den Menschen zuhören, wo der Schuh drückt, miteinander im Gespräch bleiben, sachlich Argumente austauschen – das ist der Anspruch des Abgeordneten Martin Modschiedler. Seit 2009 vertritt der Jurist den Dresdner Osten als Direktkandidat im Sächsischen Landtag. Modschiedler möchte Politik gestalten und lässt sich dabei auch in herausfordernden Zeiten seinen Optimismus und die gute Laune nur selten nehmen. Wir waren mit ihm in seinem Wahlkreis unterwegs.

Fotos: S. Floss

»Machen statt meckern«

Ein Tag mit Martin Modschiedler,
Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses

Da steckt Musik drin

Es ist Montagmorgen, kurz vor 9 Uhr, als Martin Modschiedler mit dem Rad an der Kita »Meilensteine« in Dresden-Gruna eintrifft. Hier erwarten den Politiker nicht nur Einrichtungsleiterin Franziska Ohlhoff und Annelie Krause von der Geschäftsleitung, sondern vor allem ein Dutzend gespannte Kindergartenkinder. Schnell die Schuhe ausgezogen, in der Lese-Ecke Platz genommen – schon beginnt die Vorlesestunde mit der musikalischen Geschichte »Ferdinand sucht seinen Ton«.

Dazu passend hat der passionierte Musiker und Mitglied des Posaunenchores der Versöhnungskirche in Dresden-Striesen eine kleine Reisetrompete mitgebracht. Die Kids sind hellauf begeistert, als sie selbst versuchen dürfen, dem Instrument

ein paar Töne zu entlocken. Das klappt bei den meisten erstaunlich gut. Während die einen sichtlich Spaß am Produzieren lauter Töne haben, halten sich andere die Ohren zu. Es wird viel gelacht und die Zeit verfliegt im Nu. »Bei meinem nächsten Besuch bringe ich einen Satz Blockflöten mit«, verspricht Martin Modschiedler.

Der Abgeordnete ist der Kita sowie den weiteren Einrichtun-

gen des Trägers »Independent Living Stiftung« schon lange verbunden. Was ihn besonders begeistert, sind die Kindersprecher. Diese werden hier bereits ab dem Kindergartenalter gewählt und sollen, wie die Großen, an Entscheidungen mitwirken und ihre Interessen vertreten. »Es ist wichtig, die Kinder früh an die Demokratie heranzuführen«, so Modschiedler. Regelmäßig lädt er die Kinderspre-

cher deshalb auch in den Landtag ein und zeigt ihnen das Hohe Haus. »Sie sind richtig gut vorbereitet und diskutieren wie die Großen.« Ein Engagement, für das sich der Politiker viel Zeit nimmt.

Spitzenforschung in Striesen

Unsere nächste Station ist das Institut für Luft- und Kältetechn-

»Es ist wichtig, die Kinder früh an die Demokratie heranzuführen.«





»Wichtig ist es, statt nach Verboten zu rufen, lieber nach Lösungen zu suchen.«

nik (ILK). Mitten in Striesen wird hier seit über 60 Jahren Spitzenforschung betrieben. Im ILK tüfteln rund 160 Mitarbeiter an neuen kälte- und klimatechnischen Lösungen für die Energiewende, die Raumfahrt, Gebäudetechnik und Fabrikversorgung. Und das so erfolgreich, dass eine neue Versuchshalle und weitere Labore errichtet werden sollen, wie Geschäftsführer Professor Uwe Franzke erläutert. Auf einem Rundgang durch die Einrichtung überzeugt sich Modschiedler von den jüngsten Entwicklungen und begutachtet u. a. eine riesige Weltraum-Simulationskammer, in der Material und Technik von Satelliten unter Extremtemperaturen getestet werden.

»Wichtig ist es, statt nach Verboten zu rufen, lieber nach Lösungen zu suchen«, gibt der Institutschef dem Abgeordneten mit auf den Weg, während sie vor einem Kamin stoppen, an dem an besseren Abscheidern geforscht wird, um die Feinstaubemission zu reduzieren. »Nach erschwinglichen Lösungen«, ergänzt Modschiedler.

Ohne Ehrenamt undenkbar

Weiter geht es direkt an die Elbe. »Politik machen, wo andere Urlaub machen« schwärmt Martin Modschiedler bei der Ankunft auf dem Gelände des Dresdner Rudervereins. Vereinsvorsitzende Ina Kalder empfängt den Abgeordneten. Man kennt sich seit Jahren und hat schon vieles gemeinsam auf die Beine gestellt wie eine neue Bootshalle und ein modernes Skullager. Vorhaben, für die man einen kontinuierlichen Austausch und viel Geduld braucht. Im Gegenzug haben allein hier mehr als 200 Vereinsmitglieder von Jung bis Alt hervorragende Bedingungen für den Freizeit- und Wettkampfsport.

Besonders begeistert Modschiedler das ehrenamtliche Engagement, ohne das solche Vereine undenkbar sind. »Die Menschen hier machen statt meckern«, erzählt Modschiedler. Ein Motto, dem er sich auch selbst verschrieben hat und ohne das unsere Gesellschaft nicht funktionieren würde.



»Im persönlichen Austausch ist die Gesprächsatmosphäre deutlich sachlicher und umgänglicher.«

Ton ist rauer geworden

Zum vierten Mal hat der Abgeordnete bei der Landtagswahl im September 2024 seinen Wahlkreis direkt gewonnen. Wie bereits in der 7. Legislaturperiode steht Modschiedler hier an der Spitze des Wahlpflichtsausschusses, der über Einsprüche gegen die Landtagswahl vom 1. September 2024 berät.

Was hat sich verändert in den zurückliegenden Jahren? »Der Ton in der Politik ist rauer geworden.« Er wünscht sich, dass der Umgang miteinander wieder respektvoller wird. Das sei mit Blick auf die neue Wahlperiode noch wichtiger. »In den nächsten Wochen müssen wir im Parlament gemeinsam einen Haushalt hinbekommen, das

wird eine echte Herausforderung.« Für Modschiedler, der neben dem Mandat seit vielen Jahren eine eigene Kanzlei in Dresden betreibt, gehört es dazu, sich auch in schwierigen Zeiten nicht aus der Verantwortung zu nehmen und im Gespräch zu bleiben. Da die Menschen heutzutage nicht mehr in Wahlkreisbüros kommen, geht er mit seinem Team regelmäßig raus, um zu erfahren, wo der Schuh drückt, und bietet mobile Bürgersprechstunden an. »Im persönlichen Austausch ist die Gesprächsatmosphäre deutlich sachlicher und umgänglicher.«

// Katja Ciesluk

Plenarsitzungen

26.03. – 27.03.2025

03.04.2025

21.05. – 22.05.2025

24.06. – 27.06.2025

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weitere Informationen

Fraktionen der 8. Wahlperiode

CDU, Tel. 0351 493-5601

AfD, Tel. 0351 493-4201

BSW, Tel. 0351 493-4400

SPD, Tel. 0351 493-5700

BÜNDNISGRÜNE, Tel. 0351 493-4800

Die Linke, Tel. 0351 493-5800

Besucherdienst

Anmeldungen für Führungen sowie Planspiele nehmen wir unter Tel. 0351 493-5132 entgegen.

Offene Führungen ohne Anmeldung: für alle Altersgruppen geeignet
Treffpunkt:

Bürgerfoyer im Neubau am Elbufer
Diese Führungen finden an jedem zweiten und vierten Freitag im Monat ab 17 Uhr statt.

Bitte ab 18 Jahren Lichtbildausweis mitbringen.

Öffentliche Ausstellung im Bürgerfoyer

»DAS PARLAMENT DER SACHSEN«
Mo. bis Fr. von 9 bis 18 Uhr

Publikationsbestellung und Leserbriefe

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden, Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de



[www.landtag.sachsen.de/
publikationen](http://www.landtag.sachsen.de/publikationen)



[www.landtag.sachsen.de/
veranstaltungen](http://www.landtag.sachsen.de/veranstaltungen)



Der Sächsische Landtag auf X: x.com/sax_lt
auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)
und auf YouTube: [YouTube/Sachsischer Landtag](https://www.youtube.com/SachsischerLandtag)

Offene Führungen ohne Anmeldung im Sächsischen Landtag



Eine Führung durch den Landtag ganz ohne Anmeldung? Kein Problem! Für Einzelpersonen oder Gruppen mit weniger als zehn Personen sowie spontan Interessierte bieten wir offene Führungen an. An jedem zweiten und vierten Freitag im Monat um 17 Uhr ist es so weit. Der Treffpunkt zur Teilnahme ist das untere Bürgerfoyer im Neubau des Landtags (Eingang Elbseite).

Die nächsten Termine, jeweils 17 Uhr:

14.3., 28.3., 11.4., 25.4., 9.5., 23.5., 13.6., 27.6.

In der 60-minütigen Führung erfahren Sie:

- Wissenswertes rund um die Geschichte und Architektur des Landtags,
- wie der Landtag arbeitet und was seine wichtigsten Aufgaben sind,
- wie die sächsische Gesetzgebung funktioniert, wie in Sachsen gewählt wird und wie der Arbeitsalltag der Abgeordneten aussieht.